

Aktuelle Debatte:

Renaissance der Industriepolitik – Irr- oder Königsweg?

Leonhard Plank, Cornelia Staritz

Industriepolitik ist wieder en vogue und im Zentrum politischer Debatten und Agenden – sowohl in Industrie- als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Sogar Organisationen wie die Weltbank und die OECD, die traditionellerweise selektiven und sektor-spezifischen Politiken ablehnend gegenüberstehen, argumentieren in den letzten Jahren verstärkt für gut designte industriepolitische Maßnahmen. Dies steht in starkem Kontrast zu den politischen Debatten der vorangegangenen neoliberalen »Reformjahre«, deren Fokus auf komparativen Vorteilen, einem »enabling business environment« und horizontalen (»neutralen«) Politiken lag. Entscheidungen über die Struktur der Ökonomie wurden großteils an »die Märkte« delegiert. Dass der Begriff Industriepolitik in dieser Zeit tabu war, soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Länder – ohne dies explizit zu benennen – bedeutende industriepolitische Maßnahmen setzten (neben erfolgreichen Schwellenländern wie China v.a. auch die USA und Europa).

Wichtige Gründe für die »Wiederentdeckung« der Industriepolitik sind die Finanz- und Wirtschaftskrise, »green growth« Initiativen, der industrielle Entwicklungserfolg von Schwellenländern und insbesondere China und verstärkte globale Konkurrenz um wertschöpfungs- und Forschungs- & Entwicklungs-intensive Aktivitäten. Re-Industrialisierung, »insourcing« und »the return of manufacturing« sind Schlagworte in derzeitigen politischen Diskussionen in den USA und Europa. In der EU enthält etwa die Strategie zu Industriepolitik von 2012 das Ziel, den Anteil des industriellen Sektors von derzeit rund 16% auf über 20% zu erhöhen. US Präsident Obama präsentierte seine Ideen zu Industriepolitik in dem Policy Paper »An America built to last«, das die Bedeutung von industrieller Produktion für gute Jobs, Innovation, Forschung & Entwicklung und »green growth« betont.

Ist Industriepolitik ein Ausweg aus der Krise in Europa und ein Instrument, um ökonomischen Ungleichgewichten, Arbeitslosigkeit und sozialen Ungleichheiten zu begegnen sowie »green growth« und eine ökologische Transformation zu erreichen? Wie müsste so eine Industriepolitik ausgestaltet sein? Wo sind die Grenzen von industriepolitischen Maßnahmen? Diese Fragen werden in Wissenschaft und Politik kontroversiell diskutiert und stehen im Zentrum der drei Kommentare in diesem Debattenforum. Alle drei Autoren räumen grundsätzlich Industriepolitik in der aktuellen Situation Europas eine wichtige Rolle ein, argumentieren aber unterschiedlich im Hinblick auf den Fokus, die konkrete Ausgestaltung sowie die Grenzen industriepolitischer Maßnahmen.

Mario Pianta, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Urbino, betont in seinem Beitrag die wichtige Rolle der Industriepolitik zur Bekämpfung von Po-

larisierung und ökonomischen Ungleichgewichten innerhalb Europas. Er plädiert für einen neuen industriepolitischen Ansatz, der insbesondere an den Herausforderungen in den folgenden drei Bereichen ausgerichtet ist: Wissensgesellschaft, Umwelt und Energie sowie Gesundheitssystem und Wohlfahrtsstaat. Weiters muss alten Problemen der Industriepolitik v.a. mit demokratischen und inklusiven Entscheidungsprozessen und breiter öffentlicher Beteiligung begegnet werden. Eine solche Industriepolitik kann eine zentrale Rolle spielen, um die Krise in Europa zu beenden.

Christian Reiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Höhere Studien in Wien, analysiert neue industriepolitische Konzeptionen im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei problematisiert er die bisherige industriepolitische Praxis und skizziert Konturen eines neuen industriepolitischen Pragmatismus, der sich durch einen Fokus auf Innovationspolitik, die Bedeutung des Markts als Selektionsmechanismus und die Abkehr von Subventionen an einzelne Unternehmen sowie der Orientierung an großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel auszeichnet. Er endet mit einer vorsichtig optimistischen Einschätzung des Beitrags von Industriepolitik für nachhaltiges Wachstum und der Bewältigung der »grand challenges«.

Hans Thie, Referent für Wirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, fokussiert auf die Rolle von Struktur- und Industriepolitik in der sozial-ökologischen Transformation. »Mehr Industrie« sieht er als falsche Botschaft. Vielmehr gehe es um den Umbau der volkswirtschaftlichen Strukturen und der derzeitigen Wirtschaftsweise mit Politiken, die sich auf die fundamentalen ökologischen und sozialen Herausforderungen konzentrieren. Strukturplanung kann hierbei eine wesentliche Rolle spielen. Der ökologische Umbau benötigt jedoch auch eine radikale Demokratisierung und egalitäre Antworten, insbesondere massive Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeit, den Aufbau von Belegschaftseigentum in den Unternehmen und einen Ausbau des öffentlichen Sektors.